Vossische Zeitung
29./V. 1916

Die Organisation der Lebensmittelversorgung.

Aus den Verhandlungen des Reichstags-Ausschusses.

Der Hauptausschuß des Reichstags beriet heute die Organisation der Lebensmittelversorgung (Reichszentralstelle, Kriegsernährungsamt, Beirat, Preisprüfungsstellen).

Berichterstatter Abg. Graf Westarp erinnerte zunächst an die früheren Beschlüsse des Reichstags, der mehrfach, so im August und Dezember 1915, eine Zentralstelle für die Volksernährung verlangt habe. Der Reichskanzler als die staatsrechtlich zuständige Stelle könne Exekutivbestimmungen und legislative Verordnungen erlassen mit der Einschränkung, daß die Bundesratsverordnungen davon unberührt bleiben. Verfassungsrechtlich von großer Tragweite sei die Uebertragung des Rechtes an den Reichskanzler, erforderlichenfalls den einzelstaatlichen Zentralstellen Anweisungen zu erteilen. Vom konservativen Standpunkte aus, der den bundesstaatlichen Charakter des Reiches verteidigen müsse, sei darüber noch zu reden. In der Praxis trete der Präsident des Kriegsernährungsamtes an die Stelle des Reichskanzlers. Da mit der Selbständigkeit des Kriegsernährungsamtes eine große Verantwortung verbunden sei, bedürfe die ganze Neugründung einer eingehenden Klärung, insbesondere das Verhältnis des Präsidenten zu den einzelstaatlichen Regierungen, zu den verschiedenen Kriegsausschüssen, zu der Kriegsrohstoffabteilung des Kriegsministeriums usw. Der Generalwirtschaftsplan für das Erntejahr 1916 und das Produktionsjahr 1917 solle einem Antrage des Zentrums entsprechend dem Reichstage noch vor der dritten Lesung des Etats zur Kenntnisnahme unterbreitet werden. Deshalb empfehle sich eine Erörterung dieser Fragen, wenigstens insoweit die Hauptrichtlinien in Betracht kommen.

Mitberichterstatter Abg. Hoch (Soz.) wünschte Auskunft über das Verhältnis der Preisprüfungsstellen zum Kriegsernährungsamt X und forderte eine zuverlässige Statistik über die Bestände, die ihm unerläßlich schien.

Staatssekretär Dr. Helfferich bat, die staatsrechtliche Seite der Neugründung auszuschalten; die Praxis habe gezeigt, daß ein anderer Weg nicht gangbar sei.

Unterstaatssekretär Frhr. v. Stein ersuchte, eine klare Abgrenzung der Fragen, die dem neuen Kriegsernährungsamt überwiesen würden, und derjenigen, deren Erledigung dem Reichsamt des Innern verbleiben müßten, nicht zu verlangen. Die Durchführung zuverlässiger Bestandsaufnahmen sei recht schwierig, zumal die Bestände stetig wechselten. Die Verhandlungen des Beirats seien stets vertraulich, man habe sich fast immer verständigen können.

Präsident des Kriegsernährungsamtes v. Batocki erklärte, auf die Rechtsfrage nicht eingehen zu wollen, auch er müsse sich mit den Bestimmungen abfinden, wie sie getroffen seien. Auf die Einfuhr habe er keinen Einfluß; erst von dem Augenblicke an, wo die Ware ins Land komme, trete sie unter seine Verwaltung. Eine zweite Schranke bestehe für ihn in dem

Verhältnis zu den militärischen Kommandostellen.

Während eines Krieges sei es ganz undenkbar, daß die militärischen Organe sich irgendeiner anderen Stelle unterordnen könnten. Weites Entgegenkommen werde er gewiß finden, allein es sei ausgeschlossen, daß alle Wünsche erfüllt werden könnten. Das Verhältnis des Amtes zu den Bundesstaaten sei ja im Sinne einer großen Machtbefugnis für den Präsidenten geordnet, aber es dürfe doch nicht übersehen werden, daß ein Unterbau von Reichsbehörden für die Durchführung der Maßnahmen fehle. Auf die freiwillige Mitarbeit der bundesstaatlichen Behörden und Organe könne nicht verzichtet werden. Wir müßten uns innerhalb des Rahmens der verwaltungsmäßigen und staatsrechtlichen Möglichkeiten halten, darüber hinausgehende Hoffnungen würden völlig zuschanden werden.

Hinsichtlich des Wirtschaftsplanes für das neue Erntejahr verkenne er den Ernst der Zustände und die vorhandenen Schwierigkeiten durchaus nicht. Trotzdem sehe er mit einem gesunden Optimismus in die Zukunft. Die hochbedeutsame Frage der Fettversorgung werde kaum in wenigen Wochen gelöst werden können; gerade hier sei der gegenwärtige Zeitpunkt sehr ungünstig, aber das Mögliche werde geschehen, und es bestehe begründete Hoffnung auf Abhilfe in ganz kurzer Zeit.

Gewiß sei die Statistik sehr wichtig. In seinem früheren Amte in der Ueberschußprovinz Ostpreußen habe er auf diesem Gebiete viel getan und manche Erfahrungen gesammelt. Aber stets sei er erschrocken gewesen über die Ergebnisse der Wirklichkeit gegenüber den Ergebnissen der vorhergegangenen sorgfältigen Schätzungen. Man solle doch nicht vergessen den Mangel einer geordneten Buchführung in dem größten Teil der landwirtschaftlichen Betriebe und weiter, daß in diesen Betrieben alles auf das Wetter ankomme. Die Buttermenge hänge von der Milcherzeugung ab, diese aber wieder vom Wetter. Wenn es heute gründlich regnete, hätte Ostpreußen morgen 30 Prozent Milch mehr. Erfreulicherweise hätte es in den ersten Tagen seiner neuen Amtsführung schon stark geregnet, das sei ein gutes Omen! (Große Heiterkeit.) Alle Maßnahmen, die auf Grund von Ernteschätzungen in einem früheren Stadium getroffen worden seien, hätten sich stets als falsch erwiesen. Gewiß werde er die Schätzungen und Feststellungen ständig zu verbessern suchen, um Trugschlüsse zu vermeiden.

In der Landwirtschaft dürfe der Großbetrieb nicht als typischer Produktionsfaktor angesehen werden; die nicht gut organisierten Klein- und Mittelbetriebe, die doch nur von Fall zu Fall disponieren könnten, stellten 90 v. H. der Gesamterzeugung. Sobald wie möglich werde er die Hauptstädte der Bundesstaaten aufsuchen und Fühlung mit den maßgebenden Stellen nehmen. Er werde seine ganze Kraft einsetzen, um die schwierige Aufgabe zu erfüllen, die ihm gestellt sei und bitte um die Unterstützung des Parlaments.

Ein weiterer Sozialdemokrat führt aus, bis heute hätten die Ernährungsmaßnahmen an Systemlosigkeit gelitten. Mehr als über den Mangel sei das Volk erbittert über den Wucher mit Lebensmitteln und deren mangelhafte Verteilung.

Die Brotverteilung habe sich bewährt,

ihre Grundsätze sollten auf die anderen Lebensmittel angewandt werden. Den Gemeinden seien die Bestände zu überweisen, und diese hätten sie zweckmäßig zu rationieren. Massenspeisungen sollten eingerichtet werden, schon im Interesse der arbeitenden Frauen. Natürlich dürfte die Massenspeisung nicht den Beigeschmack des Almosens haben. Die Zentralstelle sollte nicht nur in dringenden Ausnahmefällen über die bundesstaatlichen Zentralen hinweg entscheiden können.

Präsident von Batocki bezeichnet eine Vergrößerung des Vorstandes für bedenklich. Der parlamentarische Beirat solle gehört werden. Er werde Gelder erbitten, um die Kommunen in den Stand zu setzen, die Massenspeisung durchzuführen. Die Fleischvorratserhebung werde auszudehnen sein auf die Eigenhaushaltungen. Die Rationierung des Brotgetreides sei verhältnismäßig leicht, schwerer schon bei der Butter, noch schwerer beim Fleisch.

Ein Zentrumsredner beklagt mit dem Präsidenten des neuen Amtes die verspätete Errichtung dieses Amtes. Viele Schwierigkeiten hätten durch rechtzeitige Errichtung vermieden werden können. Wenn die Militärbehörden den Anordnungen des Kriegsernährungsamtes nicht Folge leisten müßten, so werde es viele Reibungen geben. Ebenso müsse die Stellung des Kriegsernährungsamtes zum Reichsamt des Innern klargestellt werden. — Unterstaatssekretär v. Stein betont, daß an der Zuständigkeit des Bundesrats durch die Verordnung vom 22. Mai nichts geändert werde; die Befugnisse des Reichsamts des Innern auf dem Gebiete des Ernährungswesens gehen auf das neue Amt über. Dies könne natürlich nur allmählich durchgeführt werden. Die Entwicklung werde zeigen, ob alle diese Befugnisse auf das neue Amt übergehen müssen. Der Kriegsminister werde sich mit dem Präsidenten des Kriegsernährungsamtes ständig in Verbindung halten, um eine Einheitlichkeit sicherzustellen.